

24./II. 1917

**Beamtenfragen im Abgeordnetenhaus.**

Sitzung vom 24. Februar.

Am Ministertisch: Lenz.

Die zweite Lesung des Staatshaushalts wird beim Finanzministerium fortgesetzt, und zwar beschäftigt sich das Haus zunächst mit Beamtenfragen.

Dazu liegen verschiedene Anträge vor. Die Nationalliberalen verlangen Uebernahme der den Volksschullehrern gewährten und zu gewährenden Kriegsbeihilfen und einmaligen Kriegsteuerungszulagen auf Staatsmittel und Erstattung der bereits gezahlten und bis zum Betrage der den Staatsbeamten gewährten Beihilfen an die Gemeinden und sonstigen Träger der Volksschul-lasten.

Ein Zentrumsantrag will auch die Volksschullehrerinnen darin einbeziehen.

Ein konservativer Antrag fordert Nachprüfung und entsprechende Verbesserung der den Staatsbeamten gewährten Teuerungszulagen nach den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen, wobei insbesondere die Kinderzahl mit einer nach oben in fester Progression steigenden Staffelung der Beträge zu berücksichtigen ist und die Härten der Reliktversorgung und der Invalidentversorgung während der Teuerungszeiten einen Ausgleich finden sollen. Ein Zentrumsantrag will diese Verbesserungen auch auf die Volksschullehrer ausdehnen.

Abg. Dr. **Gottschall**, Solingen (ntl.): Der Drang nach einer Neuregelung der Besoldungsordnung bestand schon vor dem Kriege. Mancherlei Fehler hatten sich herausgestellt. Die Reform war für 1918 in Aussicht genommen. Ob das möglich ist, hängt davon ab, wie der Frieden, den wir hoffentlich dann erreicht haben, ausfallen wird und wie sich die wirtschaftlichen Verhältnisse gestalten. Was ist denn die Beamtenbesoldung? Ist sie Bezahlung für geleistete Arbeit oder Gewährleistung eines standesgemäßen Unterhalts? Man wird sich wohl kaum grundsätzlich für eine dieser Auffassungen aussprechen können. Man wird sich bemühen müssen, einmal die Gehaltsklassen zu verringern, dann aber den Wohnungsgeldzuschuß zu differenzieren für Verheiratete und Unverheiratete. Das alles wird uns später im Haushaltsausschuß beschäftigen. Jetzt handelt es sich vor allem um die Verhältnisse, wie sie sich während des Krieges gestaltet haben. Ist es nicht notwendig, daß diejenigen Beamtenklassen, die die niedrigsten Besoldungen erhalten, in ihren Bezügen verbessert werden, damit ihnen das Existenzminimum gesichert wird.

**Rückerstattung der Kriegsaufwendungen an die Gemeinden.**

Der Redner begründet hierauf den nationalliberalen Antrag über die Rückerstattung der Kriegs-Zuwendungen der Gemeinden usw. an die Volksschullehrer. Das ist nur eine Forderung der Billigkeit. Ich bitte den Antrag dem Staatshaushaltsausschuß zu überweisen. Gewiß sollen keine unnötigen Beamtenstellen geschaffen werden, aber erledigte müssen neu besetzt und unbedingt notwendige neu geschaffen werden. Infolge der langen Dauer des Krieges läßt sich das nicht weiter aufschieben.